## Stadtverordnetenversammlung Cottbus / Chosébuz



## **Antrag**

Antr	ags-Nr.:
öffentlich	nichtöffentlich

Antragsteller: Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Rechte der Minderheiten

**Antragsdatum:** 27.10.2004

Beratungsfolge:	Datum		Datum
Beigeordnetenkonferenz		Soziales, Gleichstellung, u. Rechte der Minderh.	06.10.2004
Haushalt und Finanzen		Umwelt	
Recht, Sicherheit, Ordnung und Petitionen		Hauptausschuss	20.10.200
Wirtschaft		Stadtverordnetenversammlung	27.10.200
Bau und Verkehr		Ortsbeiräte/Ortsbeirat	
Bildung, Schule, Sport u. Kultur		<b>]</b> ЈНА	
Antragsgegenstand: Erstellung eines Soz	ial- und Armu	tsberichtes für die Stadt Cottbus	
<ol> <li>zielgruppen- und stadtteilbezogenen So</li> <li>Neben der empirisch-analytischen Erfa der Lebenssituation von Arbeits- und O Alleinerziehenden und SeniorInnen son enthalten.</li> <li>Der Bericht ist in Zusammenarbeit mit Gleichstellung, Behindertenfragen, Inte</li> <li>Im Fazit soll der Bericht kommunalpol kleinräumigen Schwerpunktsetzungen, Ressourcen im Kontext zu veränderten enthalten.</li> <li>Zwischenberichte zur Versorgungssitus</li> </ol>	ales legt der StVV ozial- und Armuts assung von Soziale Obdachlosen, Flüc wie qualitative Ein den Verbänden de egration und Senic itische Empfehlur zur Veränderung Sozialbedarfen v ation einzelner Sta und Rechte der M	ngen zur Anpassung der soziokulturellen Infrastr von Leistungsstandards und zum Einsatz finanz or Ort sowie zur Bundes- bzw. Landessozialgese adtteile bzw. Bevölkerungsgruppen erfolgen jähr Iinderheiten. Das jeweilige Schwerpunktthema	zustellen. Analysen lerten, ingen äten für uktur, zu ieller etzgebung
Dr. Ralf Fischer (Ausschussvorsitzend  Beschlussniederschrift:		Beschluss-Nr.:	
Gremium: HA St	VV		
		Sitzung am: TO	)P:
einstimmig mi	t Stimmenmeh	rheit Anzahl der <b>Ja</b> -Stimmen:	
laut Antragsvorschlag		Anzahl der <b>Nein-</b> Stimmen:	

## **Begründung:**

Die gravierenden demographischen Entwicklungen in der Stadt Cottbus seit Mitte der 90er Jahre, die derzeitige Reform der Bundessozialgesetzgebung sowie die Verknappung kommunaler Ressourcen machen eine komplexe und zielgruppenspezifische Sozialplanung unabdingbar. In anderen Kommunen haben sich Sozial- und Armutsberichte seit über 15 Jahren als wirksames Instrument zur Entwicklung einer Hilfestruktur erwiesen, die sich an den realen Bedürfnissen sozial Benachteiligter orientiert und dabei einen effizienten Mitteleinsatz sichert. Nach der Streichung des § 16a GFG im Land Brandenburg ist auch die Stadt Cottbus zunehmend gehalten, Sozialstandards für Bedürftige und Zuschussregelungen für freie Träger kommunalpolitisch zu definieren.